

Berliner Tageblatt



Nr. 64
61. Jahrgang

und Handels-Zeitung

Sonntag,
7. Februar 1932

Erscheint wöchentlich 5mal. Täglich illustriertes Sportblatt. Illustrierte Gratis-Zeitschriften - wöchentlich je einmal: „Welt-Spiegel“, „Haus-Hof-Garten“; in zwangloser Folge: „Moden-Spiegel“, „Technische Rundschau“. Sonntags: „Die Brücke des B. T.“, Mittwochs: „Technik der Zeit“, Donnerstags: „Ulk“, Freitags: „Reiseblatt“. BEZUGSPREIS wöchentlich - 98, monatlich 4.00 RM einschließlich Zustellung durch die Boten-Frau im voraus zahlbar durch die Post 4.00 RM monatlich inkl. 98 s Postgebühr exkl. Zustellung. Auslandsbezug durch die Hauptexpedition und die Postanstalten in Oesterreich, Tschechoslowakei, Ungarn, der Schweiz, Estland, Frankreich, Italien, Luxemburg, Holland, Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Lettland, Estland, Rumänien; f. alle übrige Staaten nur Bezug m. Kreuzband durch die Expedition. Im Falle früherer (nicht abgelaufener) Abbestellungen haben unsere Bezahler keinen Anspruch a. Nachbesserung od. Ersatzung d. entsprechenden Entgelte. In Berlin abonniert man i. Rudolf Mosse-Haus, Berlin SW 100, Jerusalemstr. 46-49, u. i. sämtl. Filialen. (Fernspr. Stadtverkehr. Sammel-Nr. A 7 Dönhoff 8440. Fernverkehr: Sammel-Nr. A 7 Dönhoff 4207, 8295.) Telegr.-Adr.: „Berlita“, Berlin. Rudolf Mosse-Code. Postcheckk.: Berlin Nr. 324. ANZEIGENPREIS: Die 12stünd. Zeile 1.30 RM. ANZEIGEN-ANNAHME i. Rudolf Mosse-Haus, Berlin SW. 100, Jerusalemstr. Str. 46-49, u. i. sämtl. Filialen. Aufnahme v. Anzeigen an bestimmte Tagen, Stellen od. i. bestimmte Ausgaben wird nicht gewährleistet. Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin. Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Gewaltpolitik in Memel.

Die litauische Regierung lässt den Landespräsidenten Böttcher verhaften.

(Telegramme unserer Korrespondenten)

● KÖNIGSBERG, 6. Februar.

Nach Meldungen hiesiger Blätter ist (wie wir bereits in einem Teil unserer Abendausgabe mitteilen konnten. Die Red.) das Memeler Landesdirektorium durch den Gouverneur Merksy heute vormittag beseitigt worden. Es wurde ein provisorischer grosslitauischer Landesrat eingesetzt. Der Präsident des Direktoriums, Böttcher, ist durch zwei litauische Offiziere in einem Auto fortgebracht worden.

Der Gouverneur Merksy war heute aus Kowno zurückgekehrt. Er erschien im Landesdirektorium und forderte einen der Landesdirektoren auf, die Führung der Geschäfte zu übernehmen. Als dieser ein solches Ansinnen ablehnte, wurde ein grosslitauischer Landesrat eingesetzt. Merksy soll erklärt haben,

dass die von ihm ergriffenen Massnahmen auf Veranlassung der Kownoer Regierung durchgeführt würden. Die Amtsräume des Präsidenten Böttcher wurden versiegelt, die Telephone zum grossen Teil gesperrt oder unter Zensur gestellt.

● KOWNO, 6. Februar.

In Kowno wird zu den Vorgängen in Memel erklärt, dass es sich keineswegs um einen Putsch handle. Nach den Vorgängen der letzten Wochen habe der Gouverneur dem Landespräsidenten Böttcher schriftlich mitgeteilt, dass er nicht mehr das Vertrauen der litauischen Zentralregierung geniesse, und dass er ihn deshalb ersuche, von seinem Posten zurückzutreten. Böttcher habe aber erklärt, er werde nur bei Gewalt weichen. Darauf sei Böttcher heute gewaltsam seines Postens als Landespräsident entbunden worden, indem man ihn in Haft nahm und seine Sachen veriegelte. (Weiteres auf Seite 2.)

Gefängnisstrafen im Calmette-Prozess.

Das Lübecker Gericht hat gestern abend 6 Uhr im Calmette-Prozess folgendes Urteil verkündet:

Professor Deycke wird wegen fahrlässiger Tötung in Tateinheit mit Körperverletzung zu einer Gefängnisstrafe

von zwei Jahren, Dr. Alstedt wegen Vorgehens der fahrlässigen Tötung in Tateinheit mit fahrlässiger Körperverletzung zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr und drei Monaten verurteilt.

Die Angeklagten, Professor Klots und Schwester Anna Schütze, wurden freigesprochen.

Die Kosten des Verfahrens werden den Angeklagten, soweit sie verurteilt sind, auferlegt, soweit Freispruch erfolgt ist, trägt sie die Staatskasse.

Internationale Polizeitruppe.

T. W. Dass der sogenannte Abrüstungsplan, den Herr Tardieu im Namen der französischen Regierung am Freitag in Genf vorgelegt hat, gar kein Abrüstungsplan ist, kann ein Blinder sehen. Die geschickte Dialektik täuscht nicht einen Augenblick lang über die Leere, über die mit Unschuldsmiene vorgebrachten Schlauchheiten, über die Absichten und Motive hinweg. Am deutlichsten, und darum schon nicht mehr ganz geschickt, tritt der Wunsch nach Ueberlistung dort hervor, wo der Entwurf die „Internationalisierung“ der Zivilluftfahrt verlangt. Die Zivilluftfahrt kann sich bisher in Deutschland noch mit einiger Freiheit entwickeln, und deshalb wohl soll sie sich „gegenüber der Zivilbevölkerung am grausamsten auswirken“, offenbar grausamer als die bombenwerfenden militärischen Luftgeschwader, die Frankreich in ungeheurer Menge auf die Zivilbevölkerung loslassen kann. Es ist überflüssig, sich so aufzuregen, wie die deutsche nationalistische Presse das gewöhnsmässig tut, und grob von „Heuchelei, Lüge und Zynismus“ zu sprechen, wie das in dem deutschen allgemeinen Nebengelass des Nationalsozialismus geschieht. Fastnacht steht unmittelbar bevor, in dieser Periode des Jahres herrscht bei vielen ein heiteres Bedürfnis nach Verkleidung, und man braucht es nicht erst zu nehmen, wenn sich Herr Tardieu als der Friedensengel kostümiert, der die nicht kämpfende Bevölkerung beschirmen will.

Die zornigen Ausfälle der allein nationalen Presse richten sich auch gegen den französischen Vorschlag, nun endlich dem Völkerbund eine bewaffnete Macht zu geben und zur Verhütung von Kriegen eine „internationale Polizeitruppe“ aufzustellen. Das ist, während die eigentliche Abrüstungsfrage kaum berührt wird, das Hauptstück in dem französischen Projekt. Darüber zu schimpfen und gleich wieder mit flammenden Protesten herauszutreten, ist sinnlos und gerade vom deutschen Standpunkt aus falsch. Besser wäre es, ruhig zu prüfen und zu beobachten, ob sich nicht im Verlauf der weiteren Verhandlungen aus der Verfolgung dieser Idee allerlei Möglichkeiten, und nützliche, ergeben können. Weil der französische Plan von einiger Vertraulichkeit mit dem Deutschen sich voraus-

ahnen liess, gestattete ich mir am 8. Januar hier die Andeutung: „Ist eine Verständigung möglich, wenn man sich primitiv in der Frage zwischen zwei Schranken hält und nur eine einzige Linie sieht? Es gibt vielleicht auch Nebenwege, und es ist nicht richtig, dass immer der gerade Weg der beste ist.“ Als der Nebenweg, auf dem Deutschland am ehesten, wenn auch gewiss nur schrittweise, zu einer Gleichberechtigung gelangen könnte, war der Weg über die Organisation der „internationalen Polizeitruppe“ gedacht. Dort müsste es ein gleiches Recht für alle geben, von dort könnte es ausgehen, schwerlich aber wird man mit jener schönen Konsequenz, die unter keinen Umständen von ihrer ersten Taktik abzuweichen will, auch nur bis in die Nähe des Zieles gelangen.

Dass der französische Vorschlag ein Ablenkungsmanöver ist und statt der Abrüstung ausgespielt wird, ist klar. Dass die deutschen Delegierten das Recht auf allgemeine Abrüstung betonen und den Artikel acht der Völkerbundsatzung nicht preisgeben werden, ist eine Selbstverständlichkeit. Gute Strategen sollen schon manchmal verstanden haben, auch aus den geringeren Manövern Nutzen zu ziehen. Man wird ein, die gemischte Polizeitruppe werde, bei der Verschiedenheit der Interessen, niemals in Bewegung gesetzt werden können, aber es handelt sich heute doch gar nicht um die Frage, ob sie funktionieren wird oder nicht. In Deutschland sind die Leute etwas zu zahlreich, die prinzipiell, oder weil es das Metier so mit sich bringt, jeden in fremdem Lande, und etwa gar in Frankreich geborenen Vorschlag, zunächst einmal entrüstet niederschreien. Das geschieht gegenwärtig auch auf einem anderen Gebiet, bei dem Kriegsschuldproblem, wo man auch gewisse Anregungen, statt auf ihnen kühl weiterzubauen, wie Teufelswerk von sich weist. Trüge und gewissenlose Bauleute werden immer sogleich den Stein fort, der vielleicht, bei vorsichtiger und beherrschter Behandlung, zu einem Eckstein werden kann. Und die Geste des Fortwerfens erscheint ihnen grandios und heldenhaft.

Die Ziele der Abrüstungskonferenz.

Die Angriffswaffen müssen verschwinden.

Von
LORD ROBERT CECIL.

So ist sie also doch endlich Ereignis geworden — die erste allgemeine Abrüstungskonferenz, auf die wir so lange gewartet haben. Dreizehn Jahre liegt das Kriegsende zurück — und jetzt erst beginnen wir damit, die Schwerter in Pflugscharen zu verwandeln? Für die Männer, die den Krieg mitgemacht hatten, für die Mütter und Frauen der Gefallenen war der Krieg schon an jenem bleichen Herbsttage endgültig zu Ende; für die Staaten brachte er Sieg oder Niederlage; für Männer und Frauen bedeutete er ledigliche Befreiung von einem schauderhaften Alldruck, an dessen Wiederkehr sie nur mit Schauern denken können. Vielleicht wäre es das Richtige und auf die Dauer Klügste gewesen, schon damals auf beiden Seiten in möglichst grossem Umfange die Todeswerkzeuge, die von den Kriegführenden während des Kampfes angehäuft worden waren, zu beseitigen und zu zerstören.

Aber so einfach ist die Welt nicht. Kriegsleidenschaft kennt keine Vernunft. Denn viele Monate lang, ja ganze Jahre hindurch hatte jene sonderbare Mischung aus Angst und Ueberschwang, aus Triumph und Furcht die Vernunft verwirrt und Mässigung unmöglich gemacht. Dieser Zustand beginnt erst jetzt nachzuweichen und Reaktionen sind zu überwinden, die für den Frieden mindestens ebenso gefährlich sind wie die Geistesverfassung, an deren Stelle sie treten.

Die grosse moralische Bedeutung der Abrüstungskonferenz liegt darin, dass sie wieder einmal den Regierungen und den Völkern die Gelegenheit gibt, wichtige Dinge auch als wichtig erscheinen zu lassen. Auf Schiffe oder Kanonen und Flugzeuge zu verzichten, bedeutet, etwas Sichtbares, Greifbares, gleichsam Symbolisches zu tun; es zeigt, dass die Friedensfreunde ernst machen.

Es ist etwas ganz anderes, als Schriftstücke unterzeichnen und Versprechungen für irgendwelche hypothetischen Möglichkeiten machen, Dinge, denen gegenüber das gewöhnliche Volk, und besonders die Leute vom Lande von jeher mit Misstrauen erfüllt waren. Eine allgemeine, unter allgemeiner Zustimmung erfolgte Verminderung der Kriegsrüstung könnte ein realerer und wirksamerer Beitrag zum Frieden sein, als alle Verträge über Schiedsgerichtsbarkeit und Verzicht auf Krieg zu bedeuten vermögen. Die Völker müssen vor sich selbst und ihren Führern gegenüber beständig so klare und zwingende Gründe für die Abrüstung geltend machen können wie diesen Grund, und es ablehnen, sich von politischen Schreckbildern oder technischen Einwänden davon abbringen zu lassen.

Ich will diese Gründe einmal unterstellen — wie jeder, glaube ich, der diese Zeilen liest — und zum nächsten Stadium übergehen. Wie soll man eine allgemeine Abrüstung beginnen? Die fieberhafte Hast, mit der in den letzten Monaten von Unsicherheitsgefühlen belastete Neutralisten, versumpfte Konservative, grostüendliche Nationalisten und charakterlose Rüstungsindustrielle ein gottloses Bündnis geschlossen haben, um Einwände und Hindernisse gegen die Abrüstung zu schaffen, ist eine Herausforderung an den einfachen Mann, sich seine eigenen konstruktiven Vorschläge aufzubauen. Wie sehen diese Vorschläge aus?

Er wird meiner Meinung nach folgende Ueberlegungen anstellen. Wir wollen keinen Krieg. Kein Volk will Krieg. Aber es kann gar keinen Krieg geben, es sei denn, dass ein Volk das andere angreift. Deswegen ist es am wichtigsten, zunächst jene Rüstungen zu beschränken, die einen Angriff möglich machen. Jedes Volk sagt, es behalte sein Heer oder seine Flotte oder seine Luftflotte lediglich zu Verteidigungszwecken. Ich glaube, dass das im allgemeinen wahr ist. Aber in dieser Verteidigung ist die Angriffskraft mit einbezogen, und gerade dieses Vorhandensein einer solchen Angriffskraft verursacht zum grössten Teile die internationalen Befürchtungen und Ver-